

Schweiz

Wirtschaftspolitiker proben den Aufstand

Kritik an Corona-Massnahmen Der Bundesrat soll das Mandat der Wissenschafts-Taskforce auflösen: Diese Forderung erhielt in der Wirtschaftskommission eine Mehrheit. Zunächst.

Fabian Fellmann

Der Ärger der bürgerlichen Wirtschaftspolitiker über die Wissenschafts-Taskforce ist gross: Sie alarmistisch und zu einseitig auf die epidemiologische Lage fixiert sei diese, kritisieren sie. Gestern hätte das ein Haar in einem Aufstand der Wirtschaftskommission des Nationalrats gemündet.

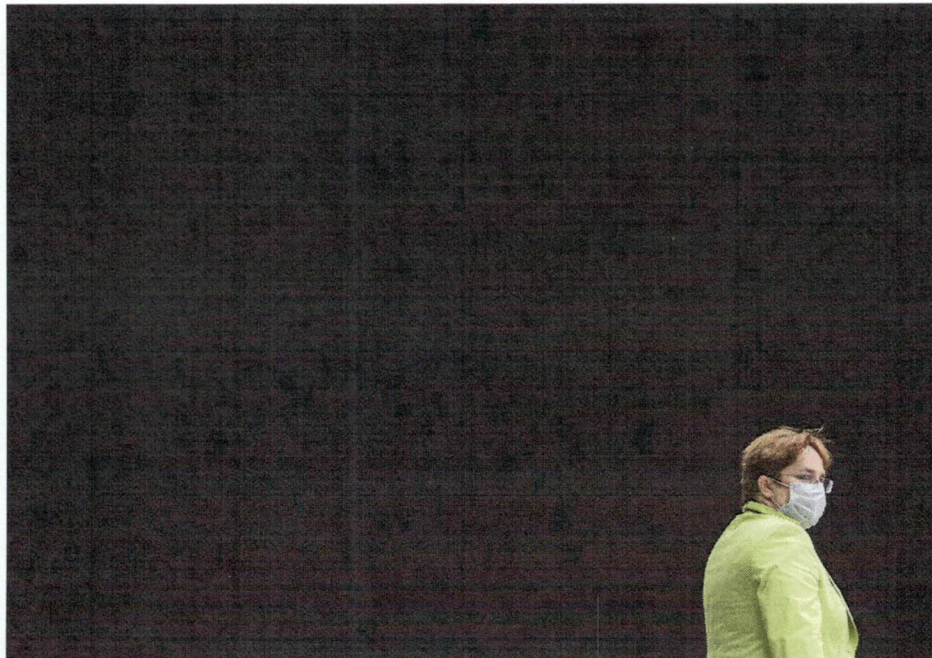
Der Bundesrat solle das Mandat der Taskforce auflösen, verlangte die SVP. Vergeblich beteuerte Bundesrat Alain Berset, die Taskforce sei vollständig unabhängig und nicht mit seinem Bundesamt für Gesundheit verbandelt. Eine Mehrheit der Kommission stimmte für den Antrag – ausgerechnet, weil zwei Linke bei der Abstimmung nicht im Sitzungszimmer waren. SP-Nationalrätin Jacqueline Badran forderte umgehend eine Wiederholung, holte die Verstärkung herein, die Mehrheit kippte – der Aufstand war abgesagt.

Braver Brief an Bundesrat

Es ist nicht das erste Mal, dass die Wirtschaftspolitiker mit solchen Manövern liebäugeln. In der Frühlingssession wollte eine Mehrheit den Bundesrat bei den Corona-Massnahmen per Gesetz entmachten und zu Öffnungen zwingen – damals blies der Nationalrat die Revolution ab.

Diesmal belässt es die Wirtschaftskommission schliesslich bei einem braven Brief an den Bundesrat, ganz anders als die scharfen Schreien der vergangenen Monate. Sie begnügt sich mit der Aufforderung an die Landesregierung, die Homeoffice-Pflicht abzuschaffen für alle Unternehmen, selbst für jene, die keine Covid-Massentests durchführen.

«Bestehende Schutzkonzepte mit Abstand und Masken genügen am Arbeitsplatz», sagt SVP-



Magdalena Martullo-Blocher scheiterte mit ihrem Antrag, die Maskenpflicht für Geimpfte aufzuheben. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

Fraktionschef Thomas Aeschi, dessen Partei den Vorstoss eingebracht hat. Im Brief setzt die Wirtschaftskommission zudem ein Zeichen: Sie erinnert den Bundesrat daran, die wirtschaftlichen Aspekte bei Massnahmenentscheidungen stärker zu berücksichtigen, wie es das Covid-Gesetz verlange. Zudem wird sie im August ein Wirtschafts-Hearing abhalten, unter anderem mit dem Nationalbankpräsidenten Thomas Jordan, um die wirtschaftspolitischen Fragen der Zeit nach Covid zu diskutieren.

Mit weiteren Anträgen unterlag die SVP. Aeschi wollte eine ganze Reihe von Schutzmassnahmen abbauen, sobald 65 Prozent der Senioren geimpft sind. Weiter forderte er, die unterschiedliche Behandlung von Flug- und Landreisenden an der Grenze zu beenden, also entweder von allen Tests zu verlangen oder eben – lieber – von niemandem. Abgelehnt wurde auch ein Antrag von Magdale-

na Martullo-Blocher, die Maskenpflicht für Geimpfte aufzuheben. Diese Bestimmung sei nicht kontrollierbar, wandte die Kommissionsmehrheit ein.

In der Sitzung musste sich Berset zudem vorwerfen lassen, er verzögere die weiteren Öffnungen zu sehr. Allerdings lehnten es diesmal auch bürgerliche Wirtschaftspolitiker wie Mitte-Nationalrat Leo Müller ab, den nächsten Schritt sofort statt erst Ende Mai zu machen. Ein Anlie-

gen von Gewerbebandspräsident Fabio Regazzi fand Unterstützung: Um Anlässe zu erleichtern, sollen Veranstaltungen draussen rasch mit 1000 statt nur 300 Personen erlaubt werden.

Schwer tut sich der Bund mit Hilfgeldern für Gastrounternehmen wie Kantinenbetreiber. Weil sie viele abhängige Filialen in einem Unternehmen führen, sprengen ihre Gesuche den Rahmen der Härtefallhilfen. Beiträge an sie sollen gemäss dem Willen

Fallzahlen sinken entgegen den Taskforce-Vorhersagen

Die Zahl der Neuansteckungen mit dem Coronavirus sinkt in der Schweiz trotz der Öffnungsschritte, die der Bundesrat am 19. April vorgenommen hat. Für die Covid-19-Taskforce des Bundes ist das überraschend, hatte sie doch mit steigenden Fallzahlen gerechnet.

Der Präsident der Taskforce, Martin Ackermann, begründete diese erfreuliche Entwicklung gestern mit den Impfungen. Möglicherweise seien aber auch die Infektionsrate der britischen Variante und die Zunahme von potenziell infektiösen Kontakten nach den Lockerungen überschätzt worden.

Die positive Dynamik in der Schweiz kann sich laut Ackermann im Verlauf des Sommers sogar noch verstärken. «Wenn immer mehr Menschen geimpft sind, nimmt das Infektionsrisiko auch für Nicht-Geimpfte ab», sagte Ackermann. Weitere Lockerungsschritte seien deshalb möglich.

1,2 Millionen Personen in der Schweiz sind bereits vollständig gegen das Coronavirus geimpft. Dem Bundesamt für Gesundheit wurden gestern 1240 Neuansteckungen, 71 Hospitalisierungen und 10 Todesfälle gemeldet. (hr)

der Kommission aber nicht auf 10 Millionen Franken begrenzt, sondern einzelfallbasiert geprüft werden. «Sie mussten nicht direkt wegen der Massnahmen den Betrieb einstellen, erlitten aber grosse Verluste, weil die Leute zu Hause blieben. Sie dürfen nicht durch die Masken fallen», sagt Müller. Badran ärgert sich: Dieses Problem sei seit Februar bekannt und hätte längst gelöst werden können. Damals aber sei sie mit ihren Vorschlägen aufgelaufen.

Das CO₂-Gesetz könnte scheitern

Tamedia-Umfrage In der FDP probt die Basis den Aufstand: Eine deutliche Mehrheit lehnt die Vorlage ab.

Vier Wochen vor der Abstimmung vom 13. Juni zeichnen sich laut der Meinungsumfrage von «20 Minuten» und Tamedia deutliche Trends ab: In der zweiten Umfragewelle ist das bisherige knappe Ja zur Trinkwasser- und zur Pestizidinitiative in ein Nein gekippt. Auch das CO₂-Gesetz verliert an Unterstützung, nur noch genau 50 Prozent sagen Ja oder eher Ja. Das Covid-19-Gesetz und die polizeilichen Massnahmen gegen den Terrorismus werden hingegen beide von einer stabilen Zweidrittelmehrheit unterstützt.

Die FDP war die erste Partei, die für das CO₂-Gesetz die Ja-Parole herausgegeben hat. Schon im letzten Oktober hatte eine Parteivollversammlung die Vorlage im Verhältnis drei zu eins unterstützt. «Ich bin froh und stolz, dass die Delegierten das CO₂-Gesetz so klar mittragen», sagte Parteipräsidentin Petra Gössi damals. Dank der «harten Arbeit» der FDP im Parlament sei es ein «freisinnig geprägtes Gesetz».

Jetzt wird Gössi aber von den Wählerinnen und Wählern ihrer

Partei im Stich gelassen: Satt 61 Prozent lehnen die Vorlage ab. Noch klarer dagegen sind nur die Anhänger der SVP – 84 Prozent lehnen das CO₂-Gesetz ab.

Dieser Aufstand der FDP-Basis könnte matchentscheidend sein: Insgesamt ist die Zustimmung zum Gesetz von 54 Prozent Ende April auf heute 50 Prozent ge-

sunken. Es könnte knapp werden. Der Politologe Fabio Wasserfallen, der mit Lucas Leemann die Umfragen für Tamedia durchführt, sieht das Rennen für das Gesetz aber noch nicht verloren: «Im Abstimmungskampf liegt noch viel drin, um die Anhängerinnen und Anhänger der Parteien mit den Parolen vertraut zu machen.»

Das Gewicht der Jugend

Zudem ist laut Wasserfallen das Nein-Potenzial bei den bürgerlichen Parteien schon heute praktisch ausgeschöpft. «Hier können kaum noch Nein-Stimmen dazukommen.» Dagegen gibt es bei Mitte-links noch ein Ja-Stimmen-Potenzial.

Genau das passiert jetzt bei der Trinkwasser- und der Pestizidinitiative. Die Zustimmung ist von 54 Prozent auf 48 bei der Trinkwasser- und von 53 Prozent auf 49 bei der Pestizidinitiative gesunken.

Bemerkenswert ist dabei für den Politologen Wasserfallen, dass die jungen Stimmberechtigten ihrem Image als die um-

weltbewusste Generation überhaupt nicht nachleben. Die Zustimmung zu den beiden Agrarinitiativen wird nämlich von Altersklasse zu Altersklasse grösser. Nur 31 Prozent der 18- bis 34-Jährigen stimmen etwa der Trinkwasserinitiative zu. Bei den über 65-Jährigen sind es 58 Prozent.

Nach einem problemlosen Heimspiel sieht es für den Bundesrat beim Anti-Terror-Gesetz aus. Die Zustimmung ist von 68 Prozent in der ersten Welle nur geringfügig auf 67 Prozent gefallen.

Ähnlich sieht es beim Covid-19-Gesetz aus: Hier ist die Zustimmung von 66 sogar leicht auf 67 Prozent gestiegen. Bemerkenswert aber ist hier, dass für die zustimmende Mehrheit eigentlich nur ein Argument zählt: dass bei einem Nein auch die staatlichen Hilfgelder dahinfallen würden und so durch die Anti-Corona-Massnahmen betroffene Betriebe mit leeren Händen dastehen würden.

Edgar Schuler

Expats finden in der Schweiz nur schwer Freunde

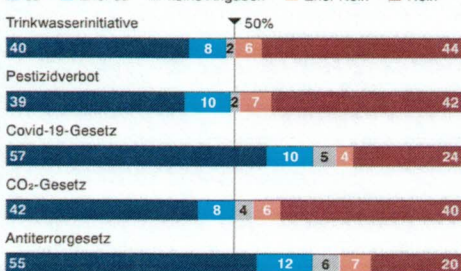
Arbeit Die Schweiz belegt bei Expats lediglich einen Platz im Mittelfeld, wenn es um die Beliebtheit geht. Das zeigt eine vom Münchner Expat-Netzwerk Internationals veröffentlichte Studie. Befragt wurden Expats in 59 Ländern. Schlecht schneidet die Schweiz vor allem bezüglich der hohen Lebenshaltungskosten ab. In dieser Kategorie liegt sie auf dem zweitletzten Rang, nur Hongkong ist noch teurer. Auch Freunde zu finden sei in der Schweiz nicht einfach. Entsprechend kritisch sehen die Expats die schwierige Eingewöhnung im Gastland Schweiz nach ihrer Ankunft. Dagegen kann die Schweiz beim Thema Lebensqualität punkten: Bei diesem Kriterium liegt sie in den Top Ten. Die Expats geniessen die Natur und auch die Umweltqualität wie etwa die saubere Luft. Nur Neuseeland liegt beim Faktor Natur und Umwelt im Ranking vor der Schweiz. Positiv werden von Expats zudem das Transportangebot, die politische Stabilität und das positive Wirtschaftsklima in der Schweiz bewertet. (sda)

Nein-Trend bei den Agrarinitiativen

Total 19'378 gewichtete Antworten der Tamedia-Umfrage zu den Abstimmungen vom 13. Juni 2021, in Prozent

Stimmabsicht der Teilnehmenden der 2. Welle

■ Ja ■ Eher Ja ■ keine Angaben ■ Eher Nein ■ Nein



Gratik: mat / Quelle: Tamedia-Umfrage, Umfragetage: 11.–12. Mai 2021. Max. Stichprobenfehlerbereich: +/-1,1 %-Punkte. Umfrage in Zusammenarbeit mit der Leowas GmbH der Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen. Weitere Informationen unter www.tamedia.ch.